

rechtswidrig ist, läßt sich dennoch die sofortige völlige Beseitigung aller Kernwaffen im Sinn einer einseitigen Abrüstung nicht verantworten.

4. Unbedingt und ohne jedes Wenn und Aber muß jedoch sofort mit dem Aufrüsten aufgehört werden, notfalls auch einseitig.

5. Vieles spricht dafür, mit dem Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa zu beginnen.

6. Ein „Gleichgewicht der Rüstung“ ist kein brauchbarer friedenspolitischer Begriff, weil es nie von beiden Seiten als erreicht erklärt werden wird.

7. Um den Frieden nicht zu verlieren, muß der Lehre vom „gerechten Krieg“ eine Lehre vom „gerechten Frieden“ entgegengesetzt werden, die den abendländischen Gerechtigkeitsprinzipien Geltung verschafft, dem Prinzip der Gleichheit, der Goldenen Regel, des Kategorischen Imperativs, der Fairneß, der Verantwortung, der Toleranz.

8. Neben den Aggressionen sind die Ideologien eine der Hauptursachen von Kriegen. Ihre Überwindung ist möglich nur durch eine herrschaftsfreie Kommunikationsgemeinschaft wahrhaftiger und vernünftiger Argumentationspartner.

Die Argumente Kaufmanns erheben nicht den Anspruch, der Sache nach neu oder originell zu sein. Der Wert des Buchs liegt vielmehr im Argumentationsstil: Der Verfasser läßt sich nicht auf umstrittene Tatsachenfragen ein, sucht den Ap-

pell an Emotionen zu vermeiden und – entsprechend seinem Beruf als Rechtsphilosoph – streng schlüssige Vernunftargumente vorzulegen. Ist es illusionär anzunehmen, es könnte der Vernunft gelingen, sich im Streit der Parteien um die Friedenspolitik auch bei den faktisch Verantwortlichen, den Politikern und den Wählern, Gehör zu verschaffen? Obwohl verständlich und packend geschrieben, dürfte es die geistige Spannkraft all der Leser überfordern, die ihre Meinung aufgrund der üblichen Vereinfachungen und schlagwortartigen Denkklišees schon ein für allemal gebildet haben und sich nicht mehr beunruhigen lassen wollen. Wer in einem Atemzug „Nachrüstung“ und Friedensbewegung moralisch verurteilt, die Sowjetunion für aggressiv und dennoch die westliche Rüstungspolitik für unverantwortlich hält – und das alles noch mit guten Gründen –, darf nicht auf breite Gefolgschaft rechnen. Aber können wir in einer Situation, da der nächste große Krieg möglicherweise der letzte in der Geschichte der Menschheit sein könnte, es uns überhaupt noch leisten, mehr auf unsere Politiker zu hören als auf unsere Philosophen?

Walter Kerber SJ

¹ Arthur Kaufmann: Gerechtigkeit – Der vergessene Weg zum Frieden. Gedanken eines Rechtsphilosophen zu einem politischen Thema. München: Piper 1986. 139 S. (Serie Piper. 478.) Kart. 12,80.

Dialog statt Konfrontation

Zur Lage der Kirche in Kuba

Seit der Machtübernahme Fidel Castros in Kuba im Jahr 1959 konnte die katholische Kirche vom 17. bis 23. Februar 1986 ihren ersten „Nationalkongreß“ abhalten, dem eine fünfjährige Vorbereitungszeit vorausgegangen war und bei dem 174 Delegierte der Diözesen, die sieben Bischöfe des Landes und Gäste aus verschiedenen Ländern teilnahmen, darunter als Legat des Papstes Kurienkardinal Eduardo Pironio, Präsident des Päpstlichen Rats für die Laien, ferner Bischof Dorío Castrillón, Sekretär des lateinamerikanischen Bischofsrats CELAM, und Bischof Emil Stehle, Geschäftsführer des bischöflichen Werks

Adveniat. Einige bezeichneten diese erste kubanische Kirchenversammlung als ein „Taufwetter“. Stehle selbst, der zum Abschluß des Kongresses von Fidel Castro empfangen wurde, urteilt weit aus nüchterner: „Statt Januarwinter ein zaghafter Februar.“

In der Schlußbotschaft (dt. in: Weltkirche 8, 1986, 59f.) gab der Nationalkongreß seine optimistische Vision allen zur Kenntnis: „Bestrebt, die Gegenwart anzunehmen und uns der Zukunft zu öffnen, haben wir die Kirche entdeckt, die wir sein wollen. Eine Kirche, die in der Erneuerung ihrer Berufung zur Mission und zum Wort uner-

schrocken bemüht ist, ihre Botschaft zu verkünden, denn um wirksam zu sein, muß die Botschaft weitergegeben werden, muß die Botschaft ihre Empfänger erreichen.“ Eine missionarische Kirche, die „aufgrund ihrer Mission mit allen einen Dialog beginnt“, „der im Schweigen entsteht, am Kreuz reift und in der Osterfreude zum Ausdruck kommt“.

Der vom Nationalkongreß verabschiedete Text von gut 170 Seiten liegt zur Zeit dem Vatikan zur Approbation vor und ist noch nicht veröffentlicht. Er dürfte im wesentlichen von dem bisher bekannten Arbeitspapier nicht abweichen.

Eines der Grundanliegen des Zweiten Vatikanischen Konzils war es, auf den verschiedensten Ebenen des modernen Lebens mit der Welt in einen Dialog einzutreten. So ist der Begriff des Dialogs vor allem in der Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“ (*Gaudium et spes*) zu finden. Dort heißt es: „Durch beharrliches Studium sollen sie (die Christen) sich fähig machen, zum Dialog mit der Welt und mit Menschen jedweder Weltanschauung ihren Beitrag zu leisten“ (GS 43). Die anderen lateinamerikanischen Teilkirchen hatten schon in Medellín (1968) und in Puebla (1979) diesen Dialog begonnen. Die kubanische Kirche konnte jedoch an diesen Bischofskonferenzen nicht teilnehmen. Konfrontation schien in Kuba noch am Platz, als man an anderen Orten bereits um den Dialog bemüht war. Der langsame Wandel von der Konfrontation zum Dialog sollte ein schmerzlicher Wandlungsprozeß auf dem Weg zu einem echten *Aggiornamento* sein.

Castros Revolution von 1959 war von der Kirche begeistert aufgenommen worden und weckte gerade in Kirchenkreisen große Erwartungen; denn sie war in ihrem Ursprung nicht marxistisch-leninistisch. Castro bezeichnete sich im technischen Sinn des Wortes als Kommunist erst nach der gescheiterten Invasion in der „Schweinebucht“ vom 17. April 1961, die von alten Parteigenossen des gestürzten Regimes Batistas unternommen und von den USA unterstützt worden war. Erst am 2. Dezember 1961 nannte sich das kubanische Regime offiziell „marxistisch-leninistisch“ und trat in die sowjetische Interessensphäre ein.

Die gescheiterte Invasion hatte nicht nur politi-

sche Folgen. Sie brachte auch eine Radikalisierung mit sich, die in der Kirche Kubas ein tiefes Trauma erzeugte; denn seit der Invasion stellte sich das Regime gegen die Kirche. Dies führte zu einem wahren Exodus von Geistlichen und Ordensleuten. Da die meisten Spanier waren, fürchteten sie, daß ihnen das gleiche Schicksal drohen könnte wie den Priestern und Ordensleuten im spanischen Bürgerkrieg (1936-1939). So verließen von ursprünglich 800 Priestern über 600 die Insel. Von 2225 Ordensfrauen blieben nur noch 200 in Kuba zurück.

Kurz vor der Revolution zählte Kuba 6,7 Millionen Einwohner. Damals kam ein Priester auf 9400 Einwohner. 1965, sechs Jahre später, war das Verhältnis Priester-Bevölkerung bei einer Bevölkerung von 7,5 Millionen 1 zu 34200. Im Jahr 1978, dem statistischen Tiefpunkt der kubanischen Kirche, zählte die Bevölkerung über 9 Millionen und ein Priester kam auf 46600 Einwohner. Die Zahlen haben sich seit 1981 in etwa stabilisiert, doch muß man bedenken, daß es große Unterschiede zwischen Stadt und Land gibt. In Havanna war beispielsweise 1981 das Verhältnis Priester-Einwohner 1 zu 24681, in Holguin 1 zu 112281.

Trotzdem verzeichnet Kuba seit 1970 einen Durchschnitt von acht Priesterweihen jährlich mit einer Spitze von 15 im Jahr 1980. Der Prozeß der „Kubanisierung“ des Klerus beschleunigte sich. 1970 gab es noch 47 Prozent ausländische Geistliche, 1982 nur noch 19,2 Prozent. Über 25 Jahre hindurch wurde ausländischen Missionaren die Einreise verweigert. Erst 1986 durften wieder drei ausländische Priester einreisen.

Von ungefähr 10 Millionen Einwohnern im Jahr 1986 praktizierten noch ca. 100000, also etwa ein Prozent. Die gleiche Zahl erwähnt Fidel Castro in seinen Gesprächen mit dem brasilianischen Dominikanerbruder Frei Betto („Fidel und die Religion“).

Schon im Jahr 1979 hatte Carlos Manuel de Cespedes, Sekretär der kubanischen Bischofskonferenz, gesagt: „Beide Seiten müssen umblättern und neu anfangen.“ Er fügte damals zaghaft hinzu: „Ich weiß nicht, ob der Mut bei beiden dazu vorhanden ist.“

Ein wesentliches Verdienst für die heutige Situation des Dialogs gebührt dem Apostolischen

Nuntius Cesare Zacchi, der seit Jahren versuchte, zu einer Entspannung beizutragen. Er riet den Bischöfen und Priestern bereits in den sechziger Jahren, mit dem Volk zu leben und sein Schicksal zu teilen. Er blieb mit Fidel Castro im ständigen Gespräch und erregte dessen Bewunderung, als er sich Seminaristen anschloß, die seit 1969 jährlich ein Zeichen guten Willens setzten und zusammen mit Mitgliedern der kommunistischen Jugend Kubas einen einmonatigen Ernteeinsatz leisteten. Er arbeitete mit ihnen auf einer Zuckerrohrplantage und folgte damit dem Aufruf des Regierungschefs zur sozialistischen Solidarität während der Ernte. Sein Verdienst ist es ebenfalls, daß Kuba nie die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abgebrochen hat.

Fidel Castro selbst stellte in seinem Buch „Fidel und die Religion“ den zurückgebliebenen 200 Ordensschwestern, die sich über Jahre aufopfernd dem Krankendienst in den staatlichen Krankenhäusern und in einem Aussätzigenheim gewidmet hatten, ein ehrenwertes Zeugnis aus. „Ich bewundere die Arbeit der Schwestern sehr. Und ich sage dies nicht nur Ihnen (an Frei Betto gerichtet), sondern ich sage dies auch öffentlich.“

In den vergangenen Jahren war es auch zu einem Klima größerer Freiheit gekommen. Im Jahr 1984 erlaubte Fidel Castro dem Erzbischof von Havanna die Reise in die USA. Ein Jahr später empfing Fidel Castro eine Delegation nordamerikanischer Bischöfe. Zweimal führte er ausführliche Gespräche mit kubanischen Bischöfen. Vom 3. bis 10. Mai 1984 besuchte Bischof Vilnet, Vorsitzender der französischen Bischofskonferenz, Kuba. Es war das erste Mal nach 25 Jahren Revolution, daß der Präsident einer europäischen Bischofskonferenz auf die Insel kam. Nach seiner Rückkehr erklärte Bischof Vilnet, er sei von der Vitalität der Katholiken Kubas beeindruckt. Kuba, so fügte er hinzu, sei keine „altersschwache und sterbende Kirche“.

Dieses hoffnungsvolle Klima wurde nur durch die Dialogbereitschaft der Hierarchie der Regierung gegenüber möglich. Nach einer Periode klarer Konfrontation, erklärte 1984 der Erzbischof von Havanna, Jaime Ortega, habe sich ein zweiter Abschnitt „häufiger und intensiver Kontakte zwischen der Hierarchie und den staatlichen Autoritäten“ angebahnt. Und auf die zweite sei

eine dritte Phase gefolgt, bei der auf Initiative der päpstlichen Diplomatie die Vertreter der kubanischen Kirche eine realistischere Einstellung zu den Änderungen im Land angenommen hätten. Castro selbst traf sich zum ersten Mal mit einer Delegation kubanischer Bischöfe am 8. September 1985. Es war das erste Zusammentreffen und eröffnete den Prozeß eines direkten Dialogs zwischen Vertretern der kubanischen Regierung und Kirchenvertretern.

Der Nationalkongreß bekannte sich von Anfang an zum Dialog und damit zur Koexistenz mit einer marxistisch-leninistischen Regierung. „Immer wieder hat die Kirche der Gedanke gequält, ob Dialog nicht Verrat sei, ob es nicht heldenhafter wäre, in offene Konfrontation zu gehen. Wenn sie sich jetzt zum Dialog bekennt, dann sicher nicht deshalb, weil sie den Anspruch des Evangeliums aufgeben will, sondern weil sie als ‚kleine Herde‘ Sauerteig und Salz sein möchte für alle, die sie suchen“ (Bischof Stehle).

Der Nationalkongreß fordert zunächst einmal die Aufarbeitung der Vergangenheit. Der jahrhundertalte Abhängigkeits- und Inferioritätskomplex einer angeblich minderwertigen Mischrasse („mestizaje“) solle abgebaut und die Eigenleistung des kubanischen Volkes anerkannt werden. Ferner müsse die Kirche aus ihrer unpolitischen Haltung herauskommen. Durch die Verdrängung aus dem öffentlichen Leben, die Beschlagnahme der Schulen, der Krankenhäuser und anderer kirchlicher Einrichtungen habe sie sich in die Defensive drängen lassen und habe sich an die Mentalität der Sakristei gewöhnt. Die politische Teilnahme der aktiven Laien sei praktisch zum Stillstand gekommen, weil die von Atheismus und Materialismus geprägten Strukturen eine Zusammenarbeit nicht zugelassen hätten. So habe sich die Kirche auf den rein sakralen Bereich beschränkt und als das einzige Mittel der Evangelisation das „schweigende Zeugnis“ angesehen.

Mit dieser Selbstkritik verbindet der Nationalkongreß den festen Willen, die Vergangenheit zu bewältigen und die gegenseitigen Beschimpfungen durch eine positive, auf die Zukunft gerichtete Einstellung zu überwinden. Dies sei der einzige Weg zu einem wenigstens geringen Grad gegenseitigen Verständnisses. Es heißt im Text: „Wir

kubanischen Katholiken geben uns nicht damit zufrieden, nur zu überleben... Die Kirche muß aus einer ängstlichen, introvertierten Kirche zu einer Kirche der Selbstkritik werden, die in der Lage ist, Initiativen zu ergreifen, um neue Seiten der Geschichte unseres Volkes zu schreiben, ohne Komplexe und Angstgefühle.“

Den spezifischen Beitrag der Kirche zum Leben der Gesellschaft sieht der Nationalkongreß in der „Zivilisation der Liebe“. Kirche und Gesellschaft stünden nicht einander gegenüber wie zwei Mächte und noch weniger sei die Kirche eine Art „Hohes Gericht“, das von oben herab urteilt und entscheidet, was Gut und Böse ist. Die Kirche lebe vielmehr mitten im Volk als Dienerin der Wahrheit und der Gerechtigkeit in Liebe, und dies versuche sie zu erreichen in der gemeinsamen Suche nach dem Guten für alle, als „Zeichen und Instrument“ der Rettung und „universales Sakrament des Heils“. Der Nationalkongreß befürwortet den Ökumenismus und die Volksreligiosität. Er fordert, auch den Atheismus ernst zu nehmen und die positiven Aspekte des Sozialismus anzuerkennen, nämlich die Demokatisierung des Bildungswesens und die allgemeine Verfügbarkeit der medizinischen Dienste für das ganze Volk. Aus dieser Anerkennung folgt der Wunsch

nach Mitarbeit im Rahmen der Strukturen der gegenwärtigen kubanischen Gesellschaft. Genannt wird vor allem die Zusammenarbeit mit den Gesundheits- und Erziehungsdiensten und den staatlichen Hilfswerken. Und damit die „Zivilisation der Liebe“ keine Floskel bleibe, müsse sie mit der Existenz und der Dynamik des sozialistischen Projekts rechnen. Die Kirche Kubas will bei der Geburt eines neuen gesellschaftlichen Bewußtseins präsent sein und eine neue moralische Ordnung errichten helfen.

Nur die weitere Entwicklung kann zeigen, ob die Erwartungen des Nationalkongresses realistisch oder utopisch sind. Zur anfänglichen Euphorie wird noch viel Nüchternheit hinzukommen müssen, bis für die Kirche Kubas ein neues Zeitalter beginnt. Noch ist offen, ob die Kirche zur Entfaltung kommt oder aber ob sie weiterhin in einem tolerierten Getto leben wird. Selbst vorausgesetzt, daß Castro nicht aus taktischen, sondern aus Gründen der Überzeugung handelt – was erst noch zu beweisen ist –, bleibt die Frage offen, ob er bei der Einbindung Kubas in den militärischen, wirtschaftlichen und politischen Machtblock der Sowjetunion die Bewegungsfreiheit hat, die notwendig wäre, um einen konstruktiven Dialog durchzuhalten. *Günther Schühly SJ*